

Im Übrigen: Das von Ihrer Fraktion zu diesem Thema ins Netz gestellte Video ist demokratieverachtend, zeigt Ihr wahres Gesicht und sollte sofort - sofort! - von Ihnen vom Netz genommen werden.

(Galau [AfD]: Nö! - Schröder [AfD]: So viel zur Demokratie!)

Nun aber zurück zu unserem Thema: Einerseits begrüße ich ausdrücklich, dass Kinder und Jugendliche sich gesellschaftlich und umweltpolitisch engagieren; schließlich geht es um ihre Zukunft. Die Entwicklung des Klimas und der Umwelt beschäftigt die junge Generation ganz offensichtlich. Und das ist auch gut so, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Die Argumentation ist nicht von der Hand zu weisen, dass eine Demonstration zu Schulzeiten größere Aufmerksamkeit auf sich zieht. Übrigens: Morgen findet die Demonstration „Fridays for Future“ um 14 Uhr statt, also nach dem Unterricht.

(Galau [AfD]: Wie sieht es denn an Karfreitag aus?)

Allerdings darf und muss man berechtigterweise auch fragen: Ist es nicht kontraproduktiv, wenn ein gut gemeinter und wichtiger Einsatz für das Klima letztendlich zu einer Diskussion über das mögliche Schulschwänzen verkommt? Fakt ist: Unabhängig von „Fridays for Future“ ist jede Schule mit dem Thema Schulverweigerung konfrontiert und hat ein Konzept sowie Handreichungen und Rundschreiben vorliegen. Aus meiner Sicht muss man den Schulen in einer solchen Situation den nötigen Spielraum lassen und ihnen das Vertrauen schenken, dass sie mit dieser Situation sorgsam und pädagogisch verantwortungsbewusst umgehen. Dieses Vertrauen, meine Damen und Herren, habe ich.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Mir sei gestattet, ein Beispiel zu geben, wie eine Grundschule diskutiert und überlegt hat, wie das Interesse von Schülerinnen und Schülern an „Fridays for Future“, also an der Umweltdiskussion, in den Unterricht eingebunden werden kann: Es wurde diskutiert, die Eltern wurden befragt. Die Eltern haben dann ihr Einverständnis gegeben, dass die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Gesellschaftswissenschaftsunterrichts an einer Demonstration teilnehmen. Sie haben das getan und es anschließend im Unterricht aufgearbeitet und haben auch Maßnahmen in der Schule auf den Weg gebracht. Ich bin stolz darauf, dass diese Schülerinnen und Schüler das gemacht haben. Denn dies ist eindeutig ein hervorragendes Beispiel dafür, wie man die Interessen der Schülerinnen und Schüler wahrnehmen und das dann auch für den Unterricht nutzen kann.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, das Vertrauen in unsere Schulen, Schulleitungen und Lehrkräfte habe ich, dass es ihnen gelingt, einen individuellen Umgang mit den Demonstrationen zu finden, und dass den berechtigten Interessen der Schülerinnen und Schüler Raum gegeben wird. Gleichzeitig ist natürlich das grundsätzliche Bestehen der Schulpflicht an diesen Freitagen nicht infrage zu stellen. Ich habe ja ein Beispiel gebracht, und

ich gehe davon aus, dass das auch von den Eltern verantwortungsbewusst umgesetzt wird. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Hoffmann.

Hoffmann (CDU): *

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor gar nicht allzu langer Zeit haben wir uns noch darüber aufgeregt, dass die Jugend, dass die Schüler heute nur noch auf ihr Handy starren - und auf einmal sind die Schüler gar nicht mehr auf Instagram, sondern auf der Straße.

(Heiterkeit B90/GRÜNE)

Der Bildungsforscher Klaus Hurrelmann spricht mittlerweile von der „Generation Greta“. So kann uns die Jugend überraschen.

Die Schüler nehmen für sich das in Anspruch, was vor Ihnen schon viele Generationen in Anspruch genommen haben, nämlich, die Alten zu fragen: Warum tut ihr eigentlich nichts? - In diesem Fall fragen sie: Warum tut ihr nichts für das Weltklima?

Nun bin ich eigentlich noch gar nicht so alt,

(Heiterkeit B90/GRÜNE - Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Echt?)

zumindest fühle ich mich meistens nicht so. Gut, manchmal morgens beim Aufstehen, okay - andere Geschichte. So alt fühle ich mich also noch gar nicht, aber ich bin immerhin alt genug, um den Schülern zu sagen: Na ja, ganz so einfach ist es eben nicht. Ein bisschen tun wir nämlich schon. Eigentlich haben wir sogar schon eine ganze Menge getan.

(Einzelbeifall)

Denn vor zehn Jahren, als ich auch offiziell noch als jung galt, gab es in Deutschland beispielsweise so gut wie keinen Ökostrom. Mittlerweile liegt der Anteil bei immerhin 40 %.

Was die Energiewende angeht, leisten gerade wir Brandenburger einen ganz besonderen Beitrag. Man muss sich im Land ja nur einmal umgucken: Es gibt kaum noch einen Ort, an dem man keine Windräder sieht. Und auch der Ausstieg aus der Braunkohle trifft viele Brandenburger besonders hart. Wir stehen trotzdem zum schrittweisen Kohleausstieg - auch wenn er wehtut -, weil wir wissen, dass wir in Deutschland unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen.

Aber die Schüler sagen: Das geht uns alles nicht schnell genug. - Ehrlicherweise muss man sagen, es gibt auch Klimaforscher, die sagen: Es geht nicht schnell genug. Nachdem die Brandenburger den letzten Dürresommer noch in guter Erinnerung haben, gibt es auch den einen oder anderen älteren Brandenburger, der sagt: Na ja, eigentlich haben sie doch recht - es geht nicht schnell genug.

Deshalb möchte ich mit den Schülern in der Sache gar nicht streiten. Sie haben jedes Recht, Druck zu machen. Die Frage ist nur: Müssen die Schüler von diesem Recht unbedingt während der Schulzeit Gebrauch machen? - Nein, müssen sie nicht.

(Beifall CDU)

Ich halte es vor allen Dingen für unnötig, weil ich mir sicher bin, dass, wenn Tausende Schülerinnen und Schüler monatelang jeden Sonnabend auf die Straße gingen, sie die gleiche Aufmerksamkeit bekämen.

(Jungclaus [B90/GRÜNE]: Dann würde kein Mensch darüber berichten!)

Ich hielte es sogar ein Stück weit für klüger. Denn momentan ist es ja so: Wer am Freitag demonstriert, kriegt zum Teil eine Debatte über das Schwänzen; wer am Sonnabend demonstriert, kriegt eine Debatte über das Klima - und genau das ist es ja eigentlich, was die jungen Leute wollen.

Meine Damen und Herren, ob das jetzt für eine gute Sache ist oder nicht: Wer am Freitag auf die Straße statt in die Schule geht, der schwänzt und muss auch damit leben, dass das irgendwann im Zeugnis auftaucht. Wer einer Leistungskontrolle bewusst fernbleibt, der muss auch damit rechnen, eine 6 zu kriegen. Mein Eindruck ist, dass die Schüler diese Konsequenzen ganz bewusst in Kauf nehmen. Mein Eindruck ist außerdem, dass die Schulen mit dieser gezielten Provokation verantwortungsvoll umgehen.

Ich habe im Vorfeld dieser Rede auch ein paar Schulleiter angerufen und sie gefragt, was sie davon halten, wie sie damit umgehen. Die haben zu mir gesagt: Wissen Sie was? Wir brauchen es eigentlich nicht, dass ihr euch im Landtag damit beschäftigt, uns vorzuschreiben, wie wir unsere Arbeit zu machen haben. Wir wollen, dass ihr dafür sorgt, dass wir unsere Arbeit machen können.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hoffmann (CDU): *

Natürlich, gern.

Roick (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Hoffmann, mich wundert Ihre Aussage zu dieser Freitagsgeschichte. Denn ich war bei dem Gespräch mit den Jugendlichen dabei, als sie hier im Landtag waren. Der Vizepräsident war auch dabei. Da hat Ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender begrüßt, dass sie am Freitag während der Schulzeit demonstrieren. Sie sagen jetzt etwas anderes. Haben Sie sich nicht abgestimmt?

Hoffmann (CDU): *

Bei uns ist es nicht so, dass wir alle überall die gleiche Meinung haben müssen.

(Beifall CDU - Zurufe)

Ich persönlich habe auch nichts dagegen, wenn Schüler für sich in Anspruch nehmen, am Freitag nicht in die Schule zu gehen, sondern für etwas zu demonstrieren. Ich finde nur, dass den Schülern bewusst sein muss, dass sie in diesem Falle gegen bestimmte Regeln verstoßen, und sie dann auch bereit sein müssen, die Konsequenzen in Kauf zu nehmen.

Ich hatte gerade gesagt: Ich glaube, dass die meisten Schüler diese Konsequenzen bewusst in Kauf nehmen. Das ändert aber nichts daran, dass wir die Konsequenzen durchsetzen müssen. Also ist das aus meiner Sicht überhaupt kein Widerspruch. Wie gesagt, ich glaube auch, dass die Schulen verantwortungsbewusst mit dieser gezielten Provokation umgehen. Das heißt natürlich, dass man einerseits auf die Einhaltung der Regeln besteht, andererseits aber auch nicht überreagiert und den Einzelfall im Blick behält.

Mit den Schulleitern habe ich - wie gesagt - gesprochen. Die haben mir gesagt, dass sie damit sehr wohl umgehen können und dass selbstverständlich klar ist: Wer unentschuldigt an einer Leistungskontrolle nicht teilnimmt - da ist es egal, aus welchem Grund er unentschuldigt fehlt; unentschuldigt ist eben unentschuldigt -, der muss mit den Konsequenzen leben. Der kriegt dann eben eine 6; das ist so. Das nehmen die Schüler bewusst in Kauf.

Trotzdem - so glaube ich - müssen wir uns fragen, was wir eigentlich tun, um die Schüler ernst zu nehmen und damit vielleicht auch ein Stück weit die Schulen zu unterstützen. Da kann ich nur sagen: Viele Abgeordnete unserer Fraktion haben sich an die Schulen gewandt, haben einen Brief an die Schülervertretungen, an die Klassensprecher, an die Schulkonferenzen geschrieben und haben angeboten, mit den Schülern über Politik - auch über Klimapolitik - zu diskutieren, und das möglicherweise auch an einem Freitag sowie nach Möglichkeit in der Schule.

Meine Damen und Herren, die Verwaltungsvorschriften lassen genau das zu. Ich würde mir wünschen, dass sich auch Vertreter anderer Parteien dieser Idee anschließen. Dann bekommt man vielleicht ein ganz gutes gemeinsames Gespräch hin. Ich glaube, ein solches Gesprächsangebot an die Schüler trägt mehr dazu bei, als irgendwie in die Schulen hineinregieren und den Schulleitern vorschreiben zu wollen, wie sie ihre Arbeit zu machen haben. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag ab. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Dannenberg.

Frau Dannenberg (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! „Guten Tag“ den Klimawandelleugnern! Aber von denen sind ja einige nicht hier, schwänzen heute auch, obwohl wir eine Pflichtsitzung haben. Aber gut.

(Galau [AfD]: Was soll das? Die fehlen wegen Krankheit!)

Die AfD legt uns einen Law-and-Order-Antrag vor, der erahnen lässt, welches Verständnis Sie von demokratischer und par-